



Trauer Gottesdienst für Tsunami-Opfer*: Die tödliche Welle definiert auch die Arena der deutschen Außenpolitik neu

FLUTKATASTROPHE

„Joschka hat zugepackt“

Kanzler und Außenminister wollen die Wiederaufbau-Millionen nutzen, um die Entwicklungshilfe für ihre globalen Interessen einzuspannen. Die zuständige Ministerin wird schleichend entmachtet.

Der Außenminister ließ warten. Im Kabinett sollte er am vergangenen Mittwoch seine Eindrücke aus der südostasiatischen Katastrophenregion schildern. Die Lücke durfte Wirtschaftsminister Wolfgang Clement mit einem Bericht über den Hartz-IV-Start füllen.

Mit einer Viertelstunde Verspätung traf schließlich ein sichtlich geschlauchter Joschka Fischer ein, der gerade von einem strapaziösen Trip um die halbe Erde zurückgekommen war. „Das kann man nicht beschreiben“, sagte er über seinen Besuch in den Containern in Khao Lak, wo immer noch Opfer der Flutkatastrophe vom 26. Dezember obduziert werden.

Dann übernahm der Kanzler die Regie. Die Ko-

ordinierung der deutschen Hilfs- und Aufbaumaßnahmen in der Krisenregion liege im Auswärtigen Amt, ordnete Gerhard Schröder an. Ab Montag werde ein interministerieller Ausschuss unter Leitung des Auswärtigen Amts die Führung übernehmen: „Wir müssen jede Ressort-Eitelkeit zurückstellen, sonst ist die Sache schon verloren.“

Der präventive Ordnungsruf galt Entwicklungsmministerin Heidemarie Wiecek-Zeul, deren Amt damit fast nebenbei

unter die Oberhoheit des Außenressorts gestellt wurde.

Schröders Ansage im Kabinett könnte der Beginn einer tiefgreifenden Neuausrichtung der deutschen Entwicklungspolitik sein. Vorerst gilt die Regelung nur für die Tsunami-Hilfe, doch wenn sie funktioniert, könnte die jahrzehntelang sorgsam gehütete Unabhängigkeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) zu Ende gehen. Das BMZ verwaltete dann weiter den Vier-Milliarden-Etat, doch den politischen Rahmen würden andere definieren.

Wiecek-Zeul protestierte nicht – vorläufig. Sonst stets nervös, wenn Eingriffe in ihr Ressort drohen, hat sie sich nach außen Gelassenheit verordnet: „Eine veränderte Welt verlangt von uns allen neues Han-

* In der ersten Reihe Bundespräsident Horst Köhler, seine Frau Eva, Indonesiens Botschafter Makmur Widodo, Bundeskanzler Gerhard Schröder, Sri Lankas Botschafter Jayantha Palipane, dessen Frau, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, dessen Frau Marianne und Ex-Bundesministerin Irmgard Schwaetzer, am 9. Januar in Berlin.

Flutopfer-spenden insgesamt ca.

400 Mio. €

Spenden in Mio. €

normales Aufkommen pro Jahr

zweckgebunden für Flutopfer

davon bereits ausgegeben

„AKTION DEUTSCHLAND HILFT“

Bündnis, welches nur bei Katastrophen in Aktion tritt

über **85**

17

• action medeor, ADRA, Arbeiter-Samariter-Bund, Arbeiterwohlfahrt, Care, HELP, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser Hilfsdienst, Paritätischer Wohlfahrtsverband, World Vision

Deutsches Rotes Kreuz

40

79,5*

7,4

unicef
United Nations Children's Fund

64
(2004)

56,2*

30,1
an Unicef-Büros der betroffenen Länder

„AKTIONSBÜNDNIS KATASTROPHEN-HILFE“

Spendengala im ZDF „Wir wollen helfen – Ein Herz für Kinder“

40,7

• Bündnis aus Caritas, DRK, Diakonie Katastrophenhilfe, Unicef, Welthungerhilfe

MEDICINS SANS FRONTIERES
ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.

17,5 (2003)
nur deutsche Sektion

über **30**

3,5

caritas

35

27*

1,8

Diakonie
Katastrophenhilfe

60 (2002)
8,3 (2003)

20,1*

5,8

deln“, sagte sie tapfer. Doch das ist Tarnung. In Wirklichkeit sei die altgediente Sozialdemokratin „in Schreckstarre verfallen“, analysiert kühl ein Regierungsmann. Im Kanzleramt heißt es nur spöttisch: „Joschka hat zugepackt.“

Der machtbewusste Außenminister wittert die Chance, die milliarden schwere Entwicklungshilfe für die außenpolitischen Ambitionen der Bundesregierung zu nutzen. Die Monsterwelle im Indischen Ozean verschaffte ihm und Schröder dazu den Vorwand. Mit der beherzten Zusage von 500 Millionen Euro versuchten der Kanzler und sein Vize zu dokumentieren, dass sie aktiver als bisher in der Weltliga mitspielen wollen.

Seit 1998 war vor allem die Bundeswehr dafür eingespannt worden. Anders als im Kalten Krieg ging es nicht mehr darum, den Einsatz der Armee auf jeden Fall zu vermeiden, sondern um das Gegenteil: die globale Einsatzbereitschaft, notfalls am Hindu-kusch oder jetzt auf Sumatra.

Eine ähnliche Neujustierung droht nun der Entwicklungshilfe. Neben die bisherige Orientierung an den Bedürfnissen der Empfängerländer treten nach Schröders und Fischers Willen nun sehr viel stärker die Interessen der Geber. Der langfristige und selbstlose Beistand soll nicht mehr das Hauptziel deutscher Entwicklungspolitik sein. In Zukunft soll sie sich vor allem an den strategischen Interessen und dem wirtschaftlichen Nutzen Deutschlands orientieren.

Da kann es politisch viel gewinnbringender sein, rasch und weithin sichtbar auf ein Erdbeben, einen Bürgerkrieg oder eine Überschwemmung irgendwo auf der Welt zu reagieren, als beharrlich im afrikanischen Hinterland den Aufbau von Kleinbanken zu betreiben.

Zugleich wächst die Neigung, Entwicklungshilfe gezielt zur politischen oder auch ökonomischen Klimapflege einzusetzen. Warum sonst sollte Deutschland die aufstrebende Großmacht China weiter mit dreistelligen Millionenbeträgen jährlich pöppeln?

Die Bundesregierung, die einen ständigen Sitz im Uno-Sicherheitsrat anstrebt,

Deutsche Forscher sollen ein Tsunami-Warnsystem aufbauen – ein abwegiger Vorschlag, meinen Experten.

Phantasie ist wichtiger als Wissen, denn Wissen ist begrenzt.“ Dies Einstein-Zitat prangt auf der Website des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), und Forschungsministerin Edelgard Bulmahn hat es sich offenbar zu Herzen genommen: Deutsche Forscher, so verkündet die Ministerin, sollen ein Tsunami-Warnsystem im Indischen Ozean aufbauen. „Deutschland ist weltweit führend bei Echtzeitfrühwarnsystemen“, heißt es im BMBF. Das allerdings sieht nicht jeder so: In der internationalen Fachwelt löste der Vorschlag bestenfalls Verwunderung aus.

Worum geht es genau? Auf Bulmahns Aufforderung hin stellten Forscher des Geoforschungszentrums in Potsdam (GFZ) am Donnerstag ihr Konzept im Kanzleramt vor. Binnen eines Jahres, so heißt es, ließe sich ein ru-

Das Verhalten der Wellen zu verstehen sei bei der Vorhersage entscheidend, meint Fritz. Manche Riesenbeben führten nur zu sanftem Plätschern am Strand, während kaum messbare Unterwasser-Erdrutsche ganze Inseln verwüsten. Seit Jahren verfeinern Tsunami-Experten in Japan, Russland und den USA ihre Wellenmodelle. Ausgerechnet diese Modelle fehlen dem deutschen Team. Stattdessen orakelte Bulmahn, man könne Erdbebenwarnungen direkt aufs Handy von Urlaubern schicken. Derlei Phantasereien sind fahrlässig. Denn bei Tsunami-Warnungen zählt nicht nur Geschwindigkeit, sondern vor allem Zuverlässigkeit.

Bis vor kurzem waren drei von vier Warnungen der Tsunami-Experten in Hawaii Fehlalarme. Die Öffentlichkeit stimpfte ab. Erst durch geduldige Forschung ging die Fehlalarmrate runter und das Vertrauen wieder rauf. Seither existiert im Pazifik ein taugliches Warnsystem, was sich durchaus auf den Indischen Ozean übertragen ließe.

„Aus der Entfernung scheinen Tsunamis simpel, aber je genauer wir sie erforschen, desto komplexer scheint ihr Verhalten“, sagt Costas Synolakis von der University of Southern

California, der derzeit die Schäden in Sri Lanka kartiert.

Angesichts dieser Erfahrungen ist ihm der deutsche Vorstoß fast so rätselhaft wie die Monsterwellen selbst: „Seit 20 Jahren besuche ich Tsunami-Konferenzen – einem deutschen Forscher bin ich dabei nicht begegnet.“

Bulmahns Vorschlag dürfte auf der Katastrophenkonferenz der Uno in Kobe diese Woche schnell wieder vom Tisch sein. Als Teilmodul bei der Erdbebenvorhersage dagegen wäre ein deutscher Beitrag sicher willkommen. Doch dafür ist den Potsdamer Forschern zu empfehlen, lieber Abstand zu halten zum ministeriellen Größenwahn. Denn Aktionismus kostet langfristig mehr als nur 45 Millionen Euro – nämlich die Glaubwürdigkeit.

HILMAR SCHMUNDT



Tsunami (in Malaysia), Forscher Synolakis: Komplexes Verhalten



VITERBI SCHOOL OF ENGINEERING / USA

dimentäres Warnsystem aus satellitengestützten Messbojen aufbauen, in drei Jahren könne ein feineres Netz aus 250 Sensoren geknüpft sein. Die Gesamtkosten lägen bei etwa 45 Millionen Euro, die von der Katastrophenhilfe abgezweigt werden könnten.

Das GFZ soll dabei mit anderen Institutionen zusammenarbeiten, darunter das Alfred-Wegener-Institut und das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt. Nur einen kleinen Makel hat das Dream-Team: Ausgewiesene Tsunami-Forscher sind nicht mit von der Partie.

„Die deutsche Forschung ist in der Erdbebenvorhersage ganz weit vorn, aber bei Tsunamis?“, wundert sich Hermann Fritz, ein gebürtiger Schweizer, der sich am Georgia Institute of Technology in den USA mit den Monsterwellen befasst.



30



46
(2004)



13,5
(2004)

13,2*

7,5

5,7

1,2

0,5

1,3

DER SPIEGEL

* Hinzu kommt ein Anteil aus dem „Aktionsbündnis Katastrophenhilfe“

ist dankbar für jede Gelegenheit, Sympathie einzuwerben. Davon wird es in diesem Jahr mehrere geben. Bei etlichen Gipfeltreffen stehen Entwicklungspolitik und Armutsbekämpfung auf der internationalen Agenda.

Aufmerksam beobachten bereits Gegner und Partner die Bewerber. Italien etwa möchte Deutschland einen ständigen Unositz nicht gönnen. Er werde genau prüfen, welche der „großzügigen Hilfszusagen“ auch tatsächlich eingehalten werden, kündigte Roms Außenminister Gianfranco Fini vorvergangenen Freitag bei einem EU-Mi-

nistertreffen an. Fischer konterte, Deutschland habe seine „Zusagen bisher immer erfüllt“.

Japan wiederum strebt gemeinsam mit den Deutschen einen Sitz in New York an. Interessiert informierte sich der Kollege aus Tokio bei Fischer über das Lazarettsschiff „Berlin“, das am vergangenen Donnerstag vor Banda Aceh ankerte. Von seinen Beamten wollte er sofort wissen, ob die japanische Marine ähnliche Angebote machen könne.

Dem Kanzler gefiel das. Er sehe die „sehr große Chance“, die Entwicklungspolitik aus

dem bisher eher „defensiven Zusammenhang“ herauszuholen, sagte Schröder offen. Von einem „defining moment“, einer „ganz entscheidenden Phase“, sprach Joschka Fischer. Die tödliche Welle habe nicht nur die Weltöffentlichkeit zusammenrücken lassen. Sie definiere auch die Arena der deutschen Außenpolitik neu.

Fischer weiß, dass die bislang freundliche Übernahme der Entwicklungspolitik riskant ist. Pannen und Skandale bei der Verteilung der Millionen können nun auch ihn in Misskredit bringen. Zudem sind Proteste der Experten und Hilfsorganisatio-

BENEFIZ

„Ein täglicher Horrorfilm“

Der irische Rockstar Bob Geldof über den Sinn von Wohltätigkeitskonzerten 20 Jahre nach dem „Live Aid“-Spektakel und die Unterschiede zwischen Katastrophen in Asien und Afrika



MARKUS HANSEN / ACTION PRESS

Geldof, 53, organisierte 1985 die erfolgreichste Benefizaktion aller Zeiten: Zwei Milliarden TV-Zuschauer in aller Welt verfolgten damals die „Live Aid“-Konzerte, bei denen Popstars wie David Bowie, Paul McCartney und Bob Dylan zugunsten der Hungernden von Afrika auftraten. Insgesamt sammelte Geldof bisher rund 140 Millionen Euro für Afrika.

SPIEGEL: Mr. Geldof, ist es nicht Zeit für ein neues „Live Aid“-Konzert – diesmal für Asien?

Geldof: Nein.

SPIEGEL: Das müssen Sie uns erklären.

Geldof: Es wurde schon jetzt mehr als genug Geld für Asien gespendet, um mit den Konsequenzen der Flutkatastrophe klarzukommen. Die Hilfsorganisationen können diese Riesenmengen gar nicht so schnell verteilen.

SPIEGEL: Der Tsunami vom zweiten Weihnachtstag gilt als Jahrhundertkatastrophe. Da kommt es doch auf jeden Euro an.

Geldof: Die persönliche Tragödie der verunglückten Deutschen, Briten und vor allem der betroffenen Küstenbewohner wird ewig dauern. Kein Geld der Welt kann sie je beenden. Aber sonst ist es eine Tragödie des Moments. Ich glaube, in drei bis sechs Monaten haben sich die betroffenen Länder wieder gefangen. Thailand ist kein armes Land, und Fischerboote können ersetzt werden.

SPIEGEL: Zum Beispiel mit Hilfe von Spenden und mit den Einnahmen aus Benefizkonzerten. Was haben Sie dagegen?

Geldof: Das Desaster in Asien verstellt den Blick. Die wahren Katastrophen finden in Afrika statt. Dort schlagen, bildlich gesprochen, die Todeswellen jeden Tag zu.

SPIEGEL: Ein kühner Vergleich.

Geldof: Ich vergleiche gar nichts. Die eine Tragödie – die in Asien – war ein Akt Gottes, die andere – die in Afrika – ist das Ergebnis menschlichen Handelns. Beide töten, aber die eine war nicht vermeidbar, die andere ist es sehr wohl. Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich bin sehr traurig über das, was in Asien passiert ist. Aber das, was jeden Tag in Afrika geschieht, regt mich auf. Afrika ist ein täglicher Horrorfilm.

SPIEGEL: Den will im Moment aber offenbar kaum jemand sehen. Die grauenhaften Bilder aus Asien dagegen haben auf der ganzen Welt Mitleid ausgelöst.

Geldof: Das darf aber keine Entschuldigung dafür sein, Afrika nicht zu helfen. Der internationale Handel, Agrarsubventionen und Schutzzölle in den Industriestaaten sowie korrupte afrikanische Staatslenker sind verantwortlich für Armut und Hunger, Krankheiten, Kriege und millionenfachen Tod. Wir wissen das und ändern trotzdem nichts daran. Die westlichen Staaten, insbesondere die Deutschen, haben Afrika vergessen.

SPIEGEL: Immerhin ist Bundespräsident Horst Köhler kurz nach Amtsantritt nach Sierra Leone, Benin und Äthiopien gereist. Warum ist solches Interesse für Afrika eher die Ausnahme?

Geldof: Es fehlt der Schock wie bei der Flut, dass auch Deutsche und Briten betroffen sein können. Wenn die Trockenheit im Sudan Deutsche in Gefahr bringen würde, wäre Berlin sehr interessiert an der Gegend.

SPIEGEL: Aber die Europäer spenden doch nicht in erster Linie für ihre von der Flut betroffenen Landsleute, sondern für die zerstörten Regionen.

Geldof: Großartig, nicht wahr? In Asien kann man sicher sein, dass die Hilfe wirkt. Schulen und Städte werden wieder aufgebaut, und irgendwann wird es dort so aussehen wie vor der Flut. In Afrika dagegen folgen auf jede Katastrophe zehn neue.

SPIEGEL: Eben. Seit über 40 Jahren verteilen die reichen Länder Geld in Afrika, aber der Kontinent fällt trotzdem immer weiter zurück. Wundert es Sie da, dass viele Menschen am Sinn der Afrika-Hilfe zweifeln?

Geldof: Nein, aber das dürfen wir nicht zulassen. Das ist nicht allein eine Frage der Moral: Denken Sie nur an Einwanderung, an Terrorismus. Afrika ist gerade mal 14 Kilometer von Europa entfernt!

SPIEGEL: Wie wollen Sie Afrika wieder ins Blickfeld holen?

Äthiopien-Besucher Geldof (1985): „Die wahre Katastrophe“



REX FEATURES / ACTION PRESS

nen gegen die Politisierung ihrer Arbeit absehbar.

In der Krisenregion hat der Kampf um die möglichst imageträchtige Verwendung der Hilfsgelder bereits begonnen. „Es wird einen Run auf die Prestigevorhaben geben“, prophezeit für Indonesien etwa der Koordinator des Technischen Hilfswerks in Jakarta, Klaus Buchmüller. „Immer nach dem Motto: Wer baut die schönste Schule, das beste Krankenhaus, das schönste Waisenhaus?“

Auf Sri Lanka sieht sich die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenar-

Geldof: Wir werden in diesem Jahr ganz besonders laut die Trommel für Afrika schlagen. 2005 hat Großbritannien den Vorsitz der G-8-Staaten, also der wichtigsten Wirtschaftsmächte der Welt; außerdem übernimmt es im Juli den Vorsitz der Europäischen Union. Das heißt, Großbritannien wird politisch sehr einflussreich. Premierminister Tony Blair und Schatzkanzler Gordon Brown, die in diesem Jahr bestimmt wiedergewählt werden, sind so alt wie ich und wurden mit den „Live Aid“-Konzerten sozialisiert. Ich will sie dazu bringen, etwas Entscheidendes für Afrika zu tun.

SPIEGEL: Das klingt reichlich nebulös.

Geldof: Es geht um Schuldenerlass, um die Folgen von ungerechtem Handel, Korruption, Sklaverei, Kolonialismus. Das sind die Probleme, das wissen wir seit Jahren, das ist langweilig. Nicht langweilig ist aber, dass diese Menschen nicht arm sein müssten. Das ist das Abenteuer, das wir bestehen müssen.

SPIEGEL: Sind Sie eigentlich noch Rockstar oder längst Politiker?

Geldof: Ich tue, was ich kann. Ich bin ein Musiker, der manchmal zum Lobbyisten wird. Als Musiker muss man vor allem gute Musik machen, sonst hat man versagt. So wie mein Tischler zuallererst meine verdammte Tür zu reparieren hat; seine soziale Ader interessiert mich erst einmal herzlich wenig. Aber ich finde es gut, wenn er in seiner Freizeit auch etwas anderes im Kopf hat als Türen. Verstehen Sie? Ich denke eben auch nicht nur an Musik.

SPIEGEL: Sie untertreiben. Ihr Engagement hat Ihnen den Spitznamen „Der heilige Bob“ eingetragen.

Geldof: Es ist wohl eher ein Spottname. Aber es ist mir herzlich egal, wie die Leute mich nennen. Wichtig ist nur, dass Afrika auf der Agenda steht. Es braucht allerdings manchmal sehr viel Kraft, damit dies auch so bleibt.

INTERVIEW: JAN PUHL, MARTIN WOLF



Thailand-Besucher Fischer: „Entscheidende Phase“

beit (GTZ) unter Druck, vorrangig Schulen wiederaufzubauen. Doch das wollen alle. „Wir brauchen viel mehr Mittel für Straßen und Brücken“, sagt GTZ-Geschäftsführer Wolfgang Schmitt seinen Berliner Gebern. Aber Brückenbau sorgt nicht für emotional anrührende Bilder und ist deshalb wenig populär.

Unter den Hilfsorganisationen, von denen viele Rekordspenden verzeichnen (siehe Grafik), herrscht teilweise erbitterter Wettbewerb. Entwicklungshilfe-Staatssekretär Erich Stather fürchtet: „Vor allem die kleinen Organisationen mit ihrem Übereifer werden uns noch eine Menge Probleme bereiten.“

Der aktuellen Phase der Nothilfe werden sich gezielte Wiederaufbauprojekte anschließen müssen, die nicht nur die unmittelbar betroffenen Regionen umfassen. Erfahrene Helfer planen schon bis zu sechs Jahre ein. „Unser Ziel ist es nicht, den Status quo wiederherzustellen, sondern eine bessere Situation als zuvor zu schaffen“, sagt Matthias Schüth von Caritas international.

Weil staatliche und private Mittel besonders reichlich fließen, drohen Koordinationsprobleme. „Am Ende könnten auf Sumatra mehr Krankenhäuser stehen als potentielle Patienten vorhanden sind“, warnt Achim Müller, Leiter des Führungs- und Lagezentrums des Deutschen Roten Kreuzes.

Im politischen Berlin werden solche Probleme derzeit noch ausgeblendet. Die Fachleute der Fraktionen sonnen sich in der unverhofften Aufmerksamkeit.

Es sei doch „äußerst positiv“, dass die Entwicklungspolitik „aus dem Schattendasein“ hervorgeholt worden sei, jubelt der Grüne Hans-Christian Ströbele. Und sein SPD-Kollege Sascha Raabe frohlockt: „eine große Chance für die Entwicklungspolitik“.

Auf die Finanzierung einigten sich am Donnerstagabend Finanzminister Hans Eichel und die SPD-Haushälter. In diesem Jahr sollen bereits 100 Millionen Euro an Aufbauhilfe fließen, im nächsten bis zu 300

Millionen. Bei Bedarf kann Außenminister Fischer dieses Jahr weitere 20 Millionen Euro für Soforthilfen abrufen.

Der Finanzaufwand für einen etwaigen Schuldenerlass soll nicht inbegriffen sein. „Die 500 Millionen werden nicht nachträglich kleingerechnet“, beteuert ein Haushälter.

Erfahrene Wissenschaftler lassen sich von dem jähren Geldsegen nicht blenden. Der emeritierte Duisburger Professor Franz Nuscheler sieht einen „einmaligen Systembruch“. Das ursprüngliche Ziel von Entwicklungspolitik, langfristig tragfähige Strukturen

aufzubauen, gerate „durch diese schleichende Umlagerung von Zuständigkeiten hin ins Außenministerium ins Hintertreffen“.

Die Entwicklungshilfe werde zum „Teil der globalen Wirtschafts- und Außenpolitik“ degradiert, kritisiert Hans-Dieter Evers, Direktor des Bonner Zentrums für Entwicklungsforschung. „Der Suche nach dem Platz an der Sonne wird alles untergeordnet.“

UMFRAGE: FLUTOPFER-HILFE

„Die Bundesregierung hat angekündigt, im Lauf der nächsten 3 bis 5 Jahre 500 Millionen Euro für die Flutopfer bereitzustellen. Finden Sie diesen Betrag...?“

... angemessen 54%

... zu hoch 37%

... zu niedrig 4%

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 11. bis 13. Januar; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

Im Dauerclinch mit Heidemarie Wiecek-Zeul hat der Außenminister jetzt, so scheint es, die Oberhand gewonnen. Seit Jahren ärgert sich Fischer über die selbstbewussten Auftritte der Kabinettskollegin. In Afghanistan mischte sie kräftig beim Wiederaufbau mit. Für die sudanesischen Krisenregion Darfur verlangte sie politisches Eingreifen, deutlich bevor das Außenamt Stellung bezog.

Fischer regte sich immer wieder auf – auch im Beisein der ungeliebten Sozialdemokratin: „Heidi, für deinen Scheiß interessieren sich keine zwei Prozent der Leute.“

Bisher schon hatten Kanzler und Außenminister kaum eine Gelegenheit versäumt, selbst Entwicklungshilfe zu betreiben – wenn es ihnen nützlich erschien. So ge-

währte Schröder vor zwei Jahren zwei Fährschiffe für Indonesien, in der Papenburger Meyer Werft gebaut, vom BMZ mit günstigen Krediten zwischenfinanziert.

2003 und 2004 musste Wieczorek-Zeul einen Großteil ihrer Gelder für den Balkan-Stabilitätspakt an das Außenamt überweisen. Der hartnäckige Widerstand der Ministerin brach erst zusammen, nachdem Schröder damit gedroht hatte, den Etat der Ministerin in gleicher Höhe zu kürzen.

Die Ressortchefin agiert aus der Defensive. Seit Monaten steht sie mit ihrer Politik auf dem Prüfstand. So gibt es Zweifel an der Effizienz der zwar professionellen, aber teuren GTZ, die weltweit etwa 10 000 Mitarbeiter beschäftigt und von Wieczorek-Zeul beaufsichtigt wird. „Die schmeißen das Geld nach draußen wie die Kölner die Kamellen beim Karneval“, kritisiert die SPD-Entwicklungspolitikerin Karin Kortmann.

Der grüne Entwicklungsexperte Roger Peltzer stellt gar den ganzen Sinn der überwiegend staatlich finanzierten Organisation in Frage. „Die Verwendung von westlichen Standards und der Einsatz westlicher Experten bewirken oftmals das genaue Gegenteil von Armutsbekämpfung.“ Die GTZ-Methode, Experten in die Länder zu schicken, sei „ein Auslaufmodell“. Eilig gab die Ministerin eine Untersuchung in Auftrag, um die Effizienz ihrer operativen Organisationen zu analysieren.

Insbesondere der GTZ steht nun womöglich eine ähnliche Neuausrichtung bevor, wie sie die Bundeswehr in den vergangenen Jahren durchgemacht hat. Auch die Entwicklungshelfer müssen sich darauf einstellen, auf ständig neue Anforderungen aus der Politik zu reagieren.

Mit dieser Politisierung drohe ein „Rückfall in die Zeiten des Kalten Kriegs“, warnt Entwicklungssoziologe Hans-Dieter Evers. Schon einmal, nach der Gründung Anfang der sechziger Jahre, diente das Ministerium als Instrument, mit dem – getreu der Hallstein-Doktrin – vor allem Länder der Dritten Welt belohnt wurden, die sich weigerten, die DDR anzuerkennen.

Bisher hat Heidemarie Wieczorek-Zeul lauten Protest gegen die Neuorientierung vermieden. Sie weiß, dass sie gegen Schröder und Fischer zugleich nicht ankommt.

In mehreren Telefonaten rund um den Jahreswechsel hatte Schröder sie auf die schleichende Entmachtung vorbereitet. Nur Leute „ohne Selbstbewusstsein stören sich an mehreren Akteuren“, sagt sie seitdem.

Auch der Kanzler gab sich alle Mühe, der geprellten Ministerin einen Gesichtverlust zu ersparen. Sinn mache die Neuausrichtung doch vor allem, „damit keine Doppelarbeit entsteht“.

SVEN AFHÜPPE, RALF BESTE, DOROTHEE JUNKERS,
HORAND KNAUP, JANKO TIETZ